

Kein ehrbarer Ausweg für Russland in Sicht

Schwarzer-Wagenknecht-Manifest: „Wunsch und Wirklichkeit soll man nicht verwechseln“, FR-Forum vom 25. Februar

Um Gottes Willen, keinen Dritten Weltkrieg!

Nach einem Jahr Krieg und unendlichem Grauen ist kein Ende der Gewaltspirale in Sicht. Das Anschwellen bellizistischer Forderungen nach immer mehr, immer schwereren bis zu atomaren Waffen und die moralische Empörung vor allem in den Medien lassen keinen Raum für die Suche nach erträglichen Kompromissen. Verantwortliche Militärs warnen, Philosophen mahnen, besonnene Historiker und Politiker zeigen unsere Mitverantwortung auf: „Schlafwandeln am Rande des Abgrundes!“ Guterres fordert: „Es ist höchste Zeit, vorm Abgrund zurückzutreten!“ Und Habermas plädiert dafür, nach erträglichen Kompromissen zu suchen.

Ein Jahr lang verfolgten wir die Kriegseignisse und deren Bewertung. Bilder, Reportagen, Meinungen, Erlebnis schilderungen, Fachkenntnisse von Spezialist/inn/en und nicht zuletzt die Folgen des Zweiten Weltkriegs (und der Nazizeit) in der eigenen Familie halfen bei der eigenen Meinungsbildung. Um Gottes Willen: Kein Dritter Weltkrieg!

Pendeldiplomatie mit Schwarzem

Das große Foto von Wagenknecht und Schwarzem animiert mich zum Leserbrief. Frieden schaffen ist ganz einfach: Die Regierung sollte die Damen in den Diplomatinnenstand erheben und als Sonderbotschafterinnen mit Vollmachten ausstatten, um sie zwischen Moskau und Kiew pendeln zu lassen. Sie sollen auch mit Berlin, Brüssel, Paris, Ankara, Peking und Washington Kontakt pflegen und versuchen, einen Waffenstillstand zu erreichen. Das wird nicht einfach, da Putin nur eine Spezialoperation, zwar nicht gegen das ukrainische Volk, aber zu dessen Befreiung von den Nazis in Kiew durchführt, die Ukraine aber glaubt, einen kriegerischen Abwehrkampf führen zu müssen.

Was denken diese schlauen Frauen, was passiert, wenn der Westen keine Waffen liefert? Verlassen Putins Soldaten dann die Ukraine? Da Schwarzer und Wagenknecht aus dem Westen kommen, der ja bekanntlich Russland angegriffen hat, müssen sie vorsichtig sein und dürfen das Wort „Krieg“ nicht versehentlich verwenden, sonst könnten sie schnell Wohnnachbarn von Nawalny werden. Sie sollten ihre Mission so lange fortsetzen, bis Frieden erreicht ist. Sie werden damit den Unterzeichnern ihres Aufrufs eine große Genugtuung bereiten.

Man kann nur hoffen, dass unsere Regierung nicht so lange „scholt“ und diese große diplomatische Chance verpennt, bis es das Volk der Ukrainer nicht mehr gibt. Udo Schütt, Frankfurt

In einem Staat wie Russland möchte ich nicht leben

Kreuzworträtsel: Militärische Spezialoperation mit fünf Buchstaben. Lösung: Krieg. Wer dies richtig löst, wandert in Russland in den Knast. Schaut man sich heute dieses Land an: Keine Meinungsfreiheit, keine Pressefreiheit, kein Rechtsstaat, gefälschte Wahlen, massive Diskriminierung von Homosexualität und LGTBQ, Zwangsrekrutierungen, Zwangsadoptionen, Straflager, Verbot aller internationalen Menschenrechts- und Umweltorganisationen wie Amnesty. Ein Horrorstaat mit lauter alten weißen Männern an der Macht!

Derzeit würden nach von einigen „offenen Briefschreibern“ befürworteten Verhandlungen in eventuell abgetretenen Regionen der Ukraine dauerhaft derartige Zustände herrschen. Wer will das? Einige AfD-Anhänger wünschen sich so was vielleicht, aber schon haben Millionen von Russen deshalb ihr Land verlassen oder werden es noch tun. Das sind leider die Tatsachen. Bis sich das ändert, wird der Krieg in der Ukraine weitergehen, bis Russland (und niemand sonst) nachgibt. Im Artikel (18.2.) von

der von mir sonst hochgeschätzten Frau Käßmann vermisse ich leider diese Aspekte. Auch ich traure um jeden toten und schwerverletzten Menschen in diesem Krieg, aber in einem Horrorstaat wie Russland möchte ich nicht leben. Und auch die Ukrainer wohl nicht!

Kurt Brunsfeld, Eschborn

Gewalt kann sich leider für gewisse Profiteure lohnen

Kriege werden von einer Seite gewonnen oder durch Abnutzung der Arsenale und die ins Ungeheure wachsende, menschlichen Tragödie beendet, sobald diese das ökonomische Kalkül der Herrschenden einer oder beider Seiten beeinflusst. Sie anzufangen, ist Irrsinn, eine über Jahrzehnte gewachsene Überzeugung. Deshalb wurde wenig Geld für die Armee ausgegeben und Putin kein Krieg zugetraut. Geschichte zeigt aber, dass Gewalt sich lohnen kann: für eine Minderheit mächtiger Profiteure. Angegriffene oder Unterlegene können sich ergeben, sich unterwerfen. Oder in der Hoffnung auf ein Patt auf das Erlahmen der Kräfte des Stärkeren sich so lange wehren, bis jener Zustand erreicht ist.

Die Pazifisten, auch Frau Käßmann, können ein Drittes nicht benennen. Die glücklichen Tage der Weltgeschichte verdanken sich der Bereitschaft und dem Willen aller Seiten zu Frieden und Abrüstung. „Frieden wäre der bessere Zustand!“ Das muss man Unterlegenen nicht zweimal sagen. „Die Waffen nieder!“ muss dagegen dem Aggressor gelten.

Pazifisten haben im Moment einen schweren Stand. Er würde nicht leichter, wenn sie sich statt für Kapitulation der Geschlagenen dafür einsetzten, ja, das scheint fast unmöglich, dass man Russland einen ehrbaren, ökonomisch auskömmlichen Weg aufzeigte, falls es das Bomben, Morden und Vergewaltigen aufgab. Jan Prediger, Wismar

Diskussion: frblog.de/schwarzer



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Foren im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230228

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Wirtschaftswissenschaftler Yannick Schwarz vom Netzwerk Steuergerechtigkeit über den Cum Ex-Skandal und die Folgen.

Freitag, 3. März, 19,30 Uhr
Bühne Marleen, Lilien carré
Bahnhofsplatz 3, Wiesbaden

Jutta Rippegather moderiert das Podiumsgespräch der Gewerkschaft Verdi „Zukunft des Universitätsklinikum Gießen-Marburg – Leuchtturm der guten Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung?“ mit Spitzenkandidat:innen zur Landtagswahl.
Dienstag, 7. März, 17,45 Uhr
Kongresshalle Gießen

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozial-Staatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis 8.3. unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2
Hiroshimastr. 28, Berlin

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion.
Livestream: fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 30. März, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
Frankfurt

Olympia in Kiew

Sport, Putins Propaganda: „Krieg und Spiele“, FR-Ukraine vom 24. Februar

Dem Präsidenten Russlands empfehle ich Bertolt Brecht: „Wer a sagt, der muss nicht b sagen. Er kann auch erkennen, dass a falsch war.“ Zur Teilnahme russischer und belarussischer Sportler:innen an Olympischen Spielen: Selenskyj empfehle ich ernsthaft, dass sich die ukrainischen Städte Cherson, Charkow, Kiew, Butscha, Mariupol zeitnah um die Ausrichtung dieser Spiele bewerben sollten. Dann möchte ich Thomas Bach (IOC) sehen und hören.

Reinhard Schemionek, Wustrow

Nordkoreas wahre Größe

Zu: „Kims Charmeoffensive“, FR-Politik vom 22. Februar

Der Titan der Titanen aus Nordkorea, Enkel des Obertitanen Kim Il Sung und seines Sohnes, des Untertitanen, Kim Jong Il, legt noch durch genialische Frauen zu. Die Tochter, Ju Ae, ist schon mit zehn Jahren beinahe so groß wie ihr Vater. „Hurra“ würden die Massen am liebsten wie in Russland brüllen, wenn sie in Pjöngjang von ihrem Vater aufgefördert würden. Die Ehefrau, Ri Sol Ju, singt so patriotisch, dass die Wände wackeln. Kims Schwester, Kim Yo Yong, agitiert so leidenschaftlich, dass die Machthaber in Südkorea Schwierigkeiten haben, nicht in die Hose zu machen – aus Angst vor ihr. Die zwei Frauen und das Mädchen bilden zusammen ein Quartett, das Nordkoreas Größe repräsentiert. Christian Schauer, Alzenau

Der mit dem Überhit

Tony Marshall: „Vorsänger der Spaßgesellschaft“, FR-Feuilleton v. 17.2.

In meiner Jugend, so um 1970, standen wir jungen Menschen auf die Beatles, Stones, Hendrix, Cream, Deep Purple, Led Zeppelin und die Doors. Und dann gab es die „Alten“ (Eltern & Co.), die Schlager von Peter Alexander, Roy Black, Manuela oder Heintje mochten und diese auch noch hörten! Musikalisch gesehen verband die „Alten“ mit uns „Jungen“ rein gar nichts, und das war gewollt! Heutzutage gehen gestandene Hardrocker und Heavy-Metal-Fans selbstverständlich zum „Glubb“, aber sie gehen auch in ein Konzert von Roland Kaiser, gröhlen lautstark mit, und ich war mit dabei.

Nun ist der „Muntermacher der Nation“ Tony Marshall tot. Das war der mit dem Überhit „Schöne Maid, hast du heut für mich Zeit!“ Uns bleibt zur Zeit rein gar nichts erspart. Trotzdem, Tony – mach's gut!
Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Wir tragen Verantwortung für das Elend

Prominente Grüne wollen Zuwanderung stärker steuern: „Für mehr Kontrolle“, FR-Politik vom 20. Februar

Wir alle wissen, dass der globale Süden für die Klimakrise am wenigsten verantwortlich ist, aber am meisten darunter leidet, und dass, je größer der Reichtum, desto höher die Treibhausgasemissionen und die Fähigkeit, den Folgen der Klimakatastrophe zu entkommen. Die reichsten Hauptverursacher lassen sich heute Luxusbunker bauen in der Hoffnung, die globale Katastrophe angenehm zu überleben. Der globale Kampf gegen die extreme Ungleichverteilung, die Klimakatastrophe und für Klimagerechtigkeit sind Seiten derselben Sache.

Wir alle wissen, dass wir mit unsrer postkolonialen, imperialen Lebensweise mitverantwortlich sind für das Elend von Millionen Menschen im globalen

Süden, die durch unfaire Handelspraktiken und klimabedingte Katastrophen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden und keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Auch Kriege, nationalistische oder gar faschistische Tendenzen können direkt oder indirekt Folge oder Reaktion auf die globalen, ökologischen Risiken sein.

Was wir brauchen, ist neben der Einhaltung des Pariser Abkommens ein globaler Klimaflüchtlingspass. Was soll man von Menschen halten, die sich auf ein Asylrecht aus der Mitte des letzten Jahrhunderts berufen, als Klimawandel noch unbekannt war? Und was soll man denjenigen, für deren Elend wir Verantwortung tragen, nach lebensgefährlicher Flucht sagen:

Sorry, ihr seid keine politischen Flüchtlinge, ihr müsst dahin zurück, wo ihr hergekommen seid?

Kaum verdeckt zeigt sich hier der Zynismus der Macht des Stärkeren in der opportunistischen Hoffnung, dass die „bürgerliche Mitte“ in der Krise diesen Weg wählen wird. Genauso wie Klimagerechtigkeit für solche „Grüne“ ein Fremdwort ist, werden sie keine ernsthaften Anstrengungen unternehmen, um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Die DUH sollte nicht nur Unternehmen, die fälschlich mit Klimaneutralität werben, wegen unlauteren Wettbewerbs verklagen, sondern auch Parteien, die sich irreführend mit dem Label „Grün“ schmücken. Karl Höhn, Frankfurt